

## Zusammenfassung Delegationsreise NETZWERK CUBA Februar 2012

*Harri Grünberg, Edgar Göll, Frank Schwitalla, Brigitte Schiffler*

In dieser Zusammenfassung unserer Delegationsreise haben wir einige für unsere Arbeit besonders relevante Besuche dargestellt: ELAM, deutscher Botschafter, Biotechnologie (CIGB), Granma, Campamento (CIJAM), Treffen mit Familienangehörigen der 5, Gespräche im ZK (Internationale Abteilung).

Darüber hinaus nahmen wir noch teil an der Buchmesse Havanna (z.B. Podiumsdiskussion über deutsche Solibewegung), an einer Dialogveranstaltung internationaler Intellektueller mit Fidel Castro (!), und an Besuchen interessanter Projekte von Cuba Si (Sancti Spiritus, Guantánamo, Pinar del Rio) und FBK (Pinar del Rio).

Erfreulich war, dass Ausschnitte von 4 unserer Aktivitäten im cubanischen TV ausgestrahlt wurden.

Beim **Gespräch mit deutschem Botschafter Daerr** wurde deutlich, dass es zu einer Entspannung und Normalisierung gekommen ist und wirtschaftliche Kontakte besser gepflegt werden, nachdem die beiden vorhergehenden Botschafter eher konfrontativ und ideologisch agiert hatten.

In 2013 könnte in der EU ein Mandat für Außenbeauftragte Ashton für Verhandlungen mit Cuba beschlossen werden. Allerdings ist noch die Frage offen, was genau mit Cuba verhandelt und vereinbart werden soll. BRD/EU wollen in Cuba mehr Fuß fassen, bevor die USA kommen (bereits 400.000 US-Touristen in Cuba). „Gemeinsamer Standpunkt“ wird nicht aufgegeben, aber es wird mehr bilaterale Abkommen geben. Die BRD will das vorbereitete Kulturabkommen abschließen und ggf. ein Interessenbüro für die Wirtschaft (für eine Handelskammer sei es noch zu früh). Die Landwirtschaft hat großes Potential, z.B. wollen 2 Bundesländer 2 LPG's aufbauen: Cuba stellt Land zur Verfügung, deutsche Akteure bringen Technik, Saatgut und Manpower, um zu zeigen, wie man schnell etwas erreichen kann (dabei könnte z.B. Bayer helfen, um Produktivität zu steigern wie z.B. in Costa Rica, doch dem steht die US-Blockade entgegen).

Die Kirche könne ungehindert arbeiten, sie sei die einzige legale und bestorganisierte Opposition, stünde in gutem Kontakt mit Raúl. Es gibt eine große Religionsfreiheit auf Gemeindeebene.

### **Granma**

An dem Gespräch nahm die Führung Granma teil (u.a. Generaldirektor Lázaro Barredo Medina und Claudio Adams, der 2011 in Berlin zu Gesprächen war; sowie Ute Michael/ dt. Ausgabe).

Ziel ist die Erhöhung der deutschen Auflage und deren weitere Verbreitung (siehe dazu Prot. des Treffens mit Claudio vom Sommer). Zielgruppe sei die Solibewegung und an Cuba und Lateinamerika interessierte. Wir haben unterstrichen, dass zuvor eine deutliche stilistische und thematische Anpassung an Lesegewohnheiten bei uns erforderlich sei, dass noch weitere Hemmnisse zu überwinden wären (niedrige Auflagen linker Medien, Vieles geht per Internet, Teile der Tagesausgabe müssten in eine Monatszeitung übersetzt werden). Wir wiesen darauf hin, dass in unserem Vorstand Ulli Fausten für die Thematik gewählt wurde.

Die Granma würde gerne eine kompetente Person aus D. zur Mitarbeit einstellen (Angebot: 120 CUC mtl., Wohnung, Tel., Heimflug/Reisekosten). Wir werden gezielt Leute ansprechen und in einem zweiten Schritt die Sache per NCN verbreiten. Darüber hinaus haben wir angeboten, einen ersten Entwurf für einen Werbeflyer zu entwerfen und ihnen zur Änderung zukommen zu lassen. Je nach Möglichkeit wollen wir schon jetzt stärker als bislang auf die Granma hinweisen (z.B. Webseite, Infostände).

## **Gespräch mit Oscar Martínez, Internationale Abteilung ZK PCC**

Cuba wird 2013 Sitz und Ausrichter der CELAC (Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten) Konferenz sein. Zum ersten mal seit ihrem Ausschluss aus der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), werden sich die Staatsoberhäupter der lateinamerikanischen Staaten in Havanna treffen. Cuba ist dem venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez sehr dankbar, dass es ihm gelungen ist, die lateinamerikanischen Staaten unter Ausschluss der USA und Kanadas in eine Staatengemeinschaft zusammenzuführen. Damit wird die Stimme Lateinamerikas in der Weltpolitik mehr Gewicht erhalten. Cuba ist fest in der CELAC integriert und das ist ein weiterer Schritt die US Blockade auszuhebeln.

Bezüglich der Beziehungen Cubas zur EU, sind keine größere Veränderungen im Jahre 2012 zu erwarten. Die BRD beharrt zusammen mit einer Gruppe Europäischer Staaten darauf, dass der Gemeinsame Standpunkt gegenüber Cuba nicht verändert wird. Kern des gemeinsamen Standpunktes der EU ist die Forderung nach einer Beseitigung des Sozialismus in Cuba. Spanien wird auch unter der neuen rechten Regierung die Forderung, die noch unter der Regierung Zapateros formuliert wurde, nach Veränderung des gemeinsamen Standpunktes und die eine Verbesserung der Beziehung zu Cuba vorsieht, nicht verändern. Oscar Martínez wies aber darauf hin, dass sich auf der Ebene der bilateralen Beziehungen zwischen der BRD und Cuba etwas bewege. Man stünde vor dem Abschluss eines Kulturabkommens. Die BRD wolle eine Verbesserung der bilateralen Beziehungen, ohne dass im Jahre 2012 formell der gemeinsame EU Standpunkt aufgehoben wird. Eine Verbesserung der bilateralen Beziehungen höhle ihn aber aus und würde ihn de facto außer Kraft setzen.

Oscar Martínez fasste die wichtigsten Beschlüsse und Diskussionen der Parteikonferenz der PCC vom 27.1.2012 zusammen:

Es ging vor allem um die innere Struktur und Arbeitsweise der PCC. Im Kern geht es darum, dass die Partei nicht eine administrative sondern ihre wesentliche Funktion als politische Avantgarde innerhalb der Gesellschaft sieht. Breiten Raum nahm auf der Konferenz auch die Debatte über Probleme der cubanischen Gesellschaft ein: rassistisch motivierte Vorurteile, Gleichstellung der Geschlechter, gleichgeschlechtliche Beziehungen, innerfamiliäre Gewalt, mangelnde Disziplin, illegale Handlungen, sowie die sich ausbreitende Korruption. Aktives Handeln der Partei ist erforderlich, um eine breite gesellschaftliche Debatte über diese Probleme und ihre Überwindung in Gang zu bringen.

Die für 2012 geplante Einführung von Steuern ist auf 2013 vertagt worden. Die Steuererhebung soll schrittweise eingeführt werden, man muss die Ergebnisse auch sehen, die Bevölkerung muss etwas davon haben. Insgesamt müssen die Ergebnisse der neuen Wirtschaftspolitik und ihrer Auswirkungen auf die Bevölkerung untersucht werden. Cuba befindet sich in einer Experimentierphase, ohne dass die Folgen klar absehbar sind. Maßstab der neuen Wirtschaftspolitik ist, den Grundcharakter des Sozialismus, als einzige Form die Souveränität Cubas durchsetzen zu können, zu erhalten.

Die Regierungskommission ist für die praktische Umsetzung der vor 9 Monaten aufgestellten 313 Aufgaben verantwortlich. Das bedeutet auch Experimente in zunächst begrenzten Gebieten. Bisher ist für die Wirtschaftspolitik nichts erarbeitet, nur diskutiert worden.

Das Umsetzen ist zwar Aufgabe der Regierungskommission, aber die Partei hat die Aufgabe zu kontrollieren, nicht nur auf der nationalen Ebene, sondern auf Ebene der Grundorganisationen wie die der Fabrik. Sie soll sich dabei nicht in die Administration einmischen, sondern zusammen mit der Gewerkschaft unterstützen. Sie soll bei der Jahresplanung mitdiskutieren. Die Partei hat die Aufgabe, die Umsetzung der Beschlüsse zu überwachen. Sie muss tagtäglich die Umsetzung der einzelnen Maßnahmen überprüfen, darf aber nicht mehr direkt auf die Regierungsarbeit einwirken. Die Partei hat eine neue Aufgabe in der Gesellschaft. Sie ist eine moralische Instanz, die durch Argumente und nicht durch bürokratisch administrative Anweisungen ihren Führungsanspruch in der Gesellschaft untermauern soll. Die Partei muss sich bei der Neuausrichtung der Wirtschaft bewähren. Sie muss die Umsetzung der Wirtschaftspläne überprüfen, und gemeinsam mit den entsprechenden Instanzen zur Lösung der Probleme beitragen.

Die Ausgestaltung der Pläne in den einzelnen Betrieben des Landes muss zwischen Gewerkschaften, Arbeitskollektiven und den Betriebsleitungen ausgehandelt werden. Es ist nicht Aufgabe der Partei dort administrativ einzuwirken. Auch dort hat die Partei die Entwicklung zu überprüfen, aber sie muss kraft ihrer Argumente überzeugen.

Die Position der Gewerkschaften in den Betrieben wird deshalb künftig gestärkt werden. Die Gewerkschaften haben bisher nicht die Rolle gespielt, die sie einnehmen sollten. In der Sonderperiode hat die Gewerkschaft in der Praxis ihre Aufgabe nicht erfüllt, sondern ist bürokratisiert. Sie soll jetzt gemeinsam mit der Jugendorganisation ihre politisch-ideologische Arbeit erfüllen.

Die Partei muss insgesamt ihre Arbeitsweise ändern. Die bisherigen Befehlsketten von oben nach unten, die die Partei bislang prägte, ist durch eine Kultur der Diskussion und der Überzeugung zu ersetzen. Um den Mitgliedern mehr Rechte einzuräumen, werden deshalb auch die Statuten der Partei verändert. Die Kader der Partei müssen in mehr Eigenverantwortlichkeit handeln und entscheiden. Die Partei hat viel zu viel Zeit mit internen Debatten verbracht und zu wenig um Einfluss in der Gesellschaft gekämpft.

Auf der ersten Konferenz ist ein Grunddokument erstellt worden, in den folgenden Jahren müssen Arbeitspapiere zur Vorbereitung der Partei auf ihre neue Rolle erstellt werden. Die Methoden in Bezug auf die Wirtschaft und Arbeit müssen sich ändern, das betrifft Strukturen, Normatives, Arbeitsregeln, Mentalität, Einflussarbeit. Bisher gab es Anweisungen, die befolgt wurden, mechanisch und nicht flexibel und schöpferisch angewendet. Die Partei muß das Ohr auch „unten“ bei den ArbeiterInnen haben und nicht nur auf die „oben“, auf die Leitungen hören.

Die Partei soll nicht Richter sein und entscheiden, welche Linie Recht hat. Die Mentalität der Kader muss sich ändern. Sie sollen sich nicht einmischen, um zu bestimmen, was gemacht wird, sie sollen helfen, miteinander die beste Lösung zu finden.

Wie in der gesamten Gesellschaft geht es auch innerhalb der Betriebe darum, die Demokratisierung voranzutreiben, eine höhere Kultur der Demokratie zu entwickeln, eine Kultur, die Eigenverantwortlichkeit fördert und somit die Bedingung für Erfolge in der Produktion und der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes legt. Das setzt eine höhere Kultur der Arbeit voraus. Um den Stil der Arbeit zu ändern, ist ein Bildungsprozess vonnöten. Es müssen mehr Kurse gemacht, mehr Wirtschaftskultur gelernt werden. Wir müssen Kader finden, die sowohl professionell und effizient sind als auch mit ihren Ergebnissen in Einklang mit den moralischen Werten stehen.

Auch wurde durch die Parteikonferenz beschlossen, die Amtszeit von Mandatsträgern auf fünf Jahre zu begrenzen.

Der selbstständige Bereich in der cubanischen Wirtschaft nimmt an Stärke zu. Individuelle Interessen sind der Nährboden der Korruption. Die Partei hat den Kampf um die Korruption aufgenommen. Vor 4 Jahren hat eine Kommission ihre Arbeit aufgenommen, die Staatshaushalt und Finanzen überprüft. Korruption ist Konterrevolution, habe Raúl gesagt.

Die Umstrukturierungsmaßnahmen in der Wirtschaft haben bisher folgende Ergebnisse hervorgebracht:

Der Anteil der Staatsangestellten ist reduziert worden. Die Landwirtschaft, der Dienstleistungsbereich und der Transportsektor dezentralisieren sich zunehmend. Das ist auch gut so. Der Staat soll künftig weder Restaurants noch Taxibetriebe verwalten. Diese können privat oder in Form von Genossenschaften betrieben werden. Der Staat muss die strategischen und entscheidenden Bereiche der Wirtschaft, der Bildung, der Gesundheit und der entscheidenden Bereichen der Daseinsvorsorge verwalten. Dass der Staat die Dienstleistungsbereiche nicht gut verwalten konnte, hat sich deutlich herausgestellt.

Vierhunderttausend bisherige Staatsangestellte sind in den privaten Bereich übergewechselt oder arbeiten auf eigene Rechnung. Die Zahl derjenigen, die auf eigene Rechnung oder die in Kooperativen arbeiten, wird

laut Plan bis 2015 auf zwei Millionen anwachsen. Dabei handelt es sich nicht um Menschen aus dem Produktionsbereich sondern aus der Staatsbürokratie.

Im Landwirtschaftsbereich werden den Familien bis zu 62 Hektar Land zur Pacht (Nutznießungsprinzip) überlassen. Unsere Politik besteht darin, dass sie sich in Kooperativen organisieren.

Die den Staatssektor verlassen, werden nicht alleine gelassen, sie erhalten ein Angebot für eine andere Arbeit oder können in Rente gehen.

Die neue Wirtschaftspolitik wird niemanden schutzlos dastehen lassen. Der Staat wird nachwievor eine Pflicht gegenüber den Menschen haben. Die Sozialpolitik des Staates wird punktgenauer sein. Er wird all die schützen, die wirklich bedürftig sind, von der Lebensmittelkarte (libreta) abhängig sind und keine Zuwendungen aus dem Ausland erhalten. Deshalb wird es auch keine generelle Abschaffung der Lebensmittelkarte (libreta) geben. Die per libreta erhältlichen Produkte werden jedoch kontinuierlich verringert. Dafür bekommen arme Familien Subventionen. Wer die Gelder erhalten darf, soll auf Gemeindeebene (municipio) überprüft werden. Dabei sollen die CDR helfen. Das hat bereits in diesem Jahr begonnen.

Die eingeleiteten Veränderungen sind ein Experimentierfeld, die Resultate müssen genau untersucht und nötigenfalls korrigiert werden. Es bleibt dabei, dass nur ein System der Wirtschaft, das der Politik untersteht, den Sozialismus und damit unsere Unabhängigkeit bewahren kann.

Die Partei als die revolutionäre Partei des kubanischen Volkes steht vor der großen Herausforderung die Gesamtheit der kubanischen Bevölkerung zu integrieren. Wir sind die Partei der Nation. Das schließt Glaubensrichtungen sowie gleichgeschlechtliche sexuelle Neigungen mit ein. Sie kann sich nicht den Luxus leisten, irgendeinen Sektor der Gesellschaft auszugrenzen (nur die Konterrevolution bleibt außen vor). Die Revolution hat in dieser Hinsicht Fehler begangen. Sie hat einen diskriminierten Sektor der Gesellschaft weiterhin der Diskriminierung ausgesetzt. Ebenso hatte die Revolution von Anfang an nicht die volle Tragweite der Problematik der Frauenemanzipation verstanden. Die Partei ist eine humanistische Partei, eine Partei der Einheit. Es muss Raum sein für Katholiken, jeder Hautfarbe und jedes Geschlecht. Die Partei muss ein Organ mit Prestige sein, das die Interessen aller vertritt. Im Moment sind 43 % Frauen und 1 % Gläubige in der Partei. Es ist wichtig, dass die Selbständigen nicht eine eigene Partei gründen, sondern Mitglieder sind/werden. Sehr stark soll der Einbezug der Jugendorganisation sein. Heute beträgt das Alter für diese Organisation 16 – 32 Jahre. In Zukunft sollen Mischorganisationen in den Grundorganisationen möglich sein mit neuen Aufgaben. Der Demokratisierungsprozess muss nicht nur in der Partei, sondern auch in der Gesellschaft erfolgen. Es muss mehr über die Probleme diskutiert werden. Es darf nicht signalisiert werden, das wäre nicht revolutionär.

Vor der ersten Parteikonferenz gab es eine breite demokratische Debatte über die Lineamientos. Viele der im diskutierten Entwurf wurden stark kritisiert und wurden dann auch nicht auf der Konferenz angenommen. Nur 12 Prozent der kubanischen Bevölkerung lehnten die Lineamientos grundsätzlich ab, weil sie für die Einführung der Marktwirtschaft eintreten. Der überwiegende Teil der kubanischen Bevölkerung ist für den Erhalt des Sozialismus.

Auch hat die Parteikonferenz festgelegt, dass anders als in der Vergangenheit, wo man mit den fünf Jahres-Plänen sehr lax umgegangen ist, diese jetzt Gesetzescharakter haben und bei Bestrafung eingehalten werden müssen. Die Pläne, die vor einigen Jahren erstellt wurden, wurden nicht erfüllt, weil sie nicht realistisch waren. Es wurden Ressourcen verteilt, aber nicht die Erfüllung der Produktionsziele verlangt. Die Verantwortlichen wurden nicht zur Verantwortung gezogen. Was heute angegeben wird, muss zu 100 % erfüllt werden. Alle Pläne die jetzt erstellt werden, müssen mit einer Machbarkeitsstudie versehen sein. Die Erstellung eines Planes unter den gegenwärtigen Bedingungen stellt sich als besonders kompliziert heraus, denn oft sind die nötigen Materialien, die auf dem internationalen Markt erworben werden müssen, starken Preisschwankungen ausgesetzt.

Die Pläne sollen künftig stärker lokal erarbeitet werden und den Bedürfnissen der lokalen Entwicklung entsprechen. Das ist keine Entwicklung für die nächsten 15-20 Jahre, sondern ein Plan mit großen Anstrengungen für 5 Jahre. Es muss ein Plan sein, der Entwicklung verspricht, und nicht zentralisiert ist.

Für eine verbesserte Verfügbarkeit über Materialien und Maschinen sollen Großhandelsmärkte errichtet werden.

### **Besuch im Campamento Internacional Julio Antonio Mella (CIJAM)**

Im Rahmen ihres Programms im Februar besuchte die Delegation des Netzwerk-Vorstandes auch das CIJAM des ICAP in Caimito.

Einige von Euch können sich sicherlich daran erinnern, dass das Netzwerk auf seiner JHV 2009 nach einer Bitte des damaligen Direktors des CIJAM bei meinem Besuch dort Ende 2008 eine Spendenkampagne für die Renovierung der Toiletten beschloß. Wir sammelten 4560,00 Euro.

Nachdem auch andere Länder sich der Kampagne angeschlossen hatten, konnte eine große Lösung geplant werden.

Wie bei unserem Besuch der neue Direktor Raúl Abreu uns erklärte und zeigte, sind die Pläne dafür jetzt fertig. Sie suchen jetzt zur Umsetzung Firmen, da die nun beschlossenen Baumaßnahmen eine Größenordnung angenommen haben, die sie nicht mehr mit eigenen Kräften bewältigen können.

2013 sollen die Arbeiten beginnen. Da sie nicht nebenbei gemacht werden können, ist die Arbeit in 2 Etappen geplant. Erst wird die eine Hälfte realisiert, was bedeutet, dass diese Hälfte dann für den Betrieb des campamentos geschlossen werden muß, danach ist die andere Hälfte dran. Also ist der Betrieb des CIJAM dann nur eingeschränkt möglich.

Auf jeden Fall ist so aber davon auszugehen, dass somit nicht nur eine dauerhafte Lösung des Problems der Toiletten gefunden wurde, sondern, dass das CIJAM damit auch für viele zukünftige BrigadistInnen attraktiver und bequemer wird.

Auf unsere Frage, ob das Geld, welches schon gespendet worden ist und auf einem Konto des ICAP „geparkt“ ist, reichen wird, konnte uns keine genaue Auskunft gegeben werden. Sie gehen aber davon aus, dass noch mehr Geld benötigt werden wird und werden sich dann gegebenenfalls melden.

Hier noch einige Informationen zum CIJAM:

Das ICAP unterhält in Caimito, ca. 35 km von Habana entfernt, ein campamento für internationale Arbeitseinsätze.

Dieses wurde am 25.2.1972 gegründet, feierte also gerade erst seinen 50. Geburtstag, und hat seit dem mehr als 60000 BrigadistInnen aus allen 5 Kontinenten beherbergt.

Jährlich finden übers Jahr 12 Brigaden statt, 3 davon mit deutscher Beteiligung in diesem Jahr.

Sinn und Zweck des CIJAM ist nicht nur die konkrete Arbeit (in der Landwirtschaft, früher auch auf dem Bau), sondern vor allem sollen die BrigadistInnen das Leben in Cuba kennenlernen, durch die Zusammenarbeit, Besuche und Aussprachen, es sollen die Errungenschaften der cubanischen Revolution

denjenigen Menschen näher gebracht werden, die mit Cuba sympathisieren und das sozialistische Land unterstützen möchten.

Seit seiner Gründung wurde das CIJAM mehrfach modernisiert und auch ab nächstem Jahr stehen wieder Renovierungsarbeiten an: Mit Unterstützung vieler Soligruppen aus verschiedenen Ländern, u.a. auch aus der BRD, werden die Toiletten erneuert, was zur Folge haben wird, daß das CIJAM damit auch für viele zukünftige BrigadistInnen attraktiver und bequemer wird.

Die 3 Brigaden 2012 mit deutscher Beteiligung sind:

die Brigade zum 1. Mai, 22.4. – 6.5.12

<http://brigadasdesolidaridadconcuba.blogspot.de/2012/02/convocatoria-brigada-1-de-mayo.html>

die traditionelle Brigada José Martí 2. – 20.7.12

<http://www.brigadajosemarticatalunya.blogspot.de/>

und die Brigada Por los caminos del Che (anlässlich des 45. Jahrestages seiner Ermordung) vom 1.10. – 14.10.

<http://www.icap.cu/noticias-del-dia/2012-01-17-convocan-a-integrar-la-brigada-internacional-por-los-caminos-del-che.html>

Weitere Informationen zu den Brigaden findet ihr unter

<http://www.fgbrdkuba.de/soli/projekte.html>

Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V., Maybachstr. 159, 50670 Köln  
Tel.: 0221/2405120, Fax: 0221/6060080 [info@fgbrdkuba.de](mailto:info@fgbrdkuba.de)

Im Zusammenhang mit unseren Veranstaltungen zu der Arbeit der cubanischen Ärztebrigaden in Haiti im letzten Jahr besuchten wir bei unserer Delegationsreise im Februar auch die sehr beeindruckende **Escuela Latinoamericana de Medicina (ELAM)**.

Die Schule war eine ehemalige Kaserne der Handelsmarine, und umfasst ein großes Areal von 1,2 qm, direkt am Meer im Westen von Habana. Die Geschichte der ELAM beginnt eigentlich 1963, als Cuba 5 Ärzte nach einem Erdbeben in Algerien zur Hilfe dorthin schickte. Der konkrete Anlass kam 1998 als die Hurrikane George und Mitch Zentralamerika verwüsteten. 30.000 Menschen starben in den am meisten heimgesuchten Ländern Honduras, Guatemala, Nicaragua, Haiti und Belize. Cubanische ÄrztInnen und KrankenpflegerInnen gingen dorthin, um zu helfen.

Der Gedanke von Fidel war: was passiert dort, wo es keine medizinischen Versorgungsstrukturen gibt, wenn die Hilfe nach der Katastrophe wieder weg ist? Daher wollte er Kapazitäten für diese Länder schaffen. Im Februar 1999 kamen die ersten StudentInnen aus Nicaragua und Honduras, um in Cuba Medizin zu studieren. Der damalige Verteidigungsminister Raúl Castro bot dann die Kaserne als Ausbildungsstätte an.

Am 15.11.99 wurde die ELAM beim Iberio-Americano Gipfel eingeweiht. Begonnen wurde mit 1500 Studenten aus 18 Ländern.

Die Bedingung für das Studium sind:

1. StudentInnen müssen 18-25 Jahre alt sein.
2. Psychisch und physisch in der Lage sein, das Studium zu schaffen.
3. Müssen Hochschulreife (Abitur) haben

4. Müssen keine Möglichkeit haben, zuhause studieren zu können und vorwiegend aus Regionen kommen, wo es keine oder nur sehr wenige Ärzte gibt.
5. Müssen nach dem Studium zurück ins Heimatland und „kostenlos“ praktizieren, bzw. ihre Patienten nicht als „Kunden“ betrachten.

Die gesamte Ausbildung ist kostenlos, das beinhaltet Studium, Krankenhaus, Unterkunft und Verpflegung. Das dort gelehrt Gesundheitswesen ist präventiv und basiert auf Gemeinschaftsarbeit, die Grundlage ist die Qualifikation zum Familienarzt. Nach einem Jahr Ausbildung beteiligen sich die Studenten bereits an der praktischen Arbeit.

Die cubanischen Ministerien MINREX (Außenministerium), MINSAP (Gesundheitsministerium) und MINCEX (Ministerium für ausländische Zusammenarbeit) bieten über die cubanischen Botschaften Studienplätze an NGO's, Soligruppen und Regierungen an, welche dann StudentInnen für das Studium vorschlagen.

Bei der Ankunft der zukünftigen StudentInnen in Cuba wird mittels eines psychologischen Tests und Gesprächen geklärt, ob die persönliche Reife und Einstellung den hohen Anforderungen entsprechen. Zudem erfolgt ein Test, um den fachlichen Kenntnisstand der zukünftigen StudentInnen zu ermitteln. Erarbeitet werden die Tests durch eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe.

Studierende ohne Spanischkenntnisse absolvieren einen 6-monatigen Sprachkurs. Darauf folgt ein 6-monatiger Kurs („Vorstufe zum Arzt“) mit Fächern wie Biologie, Physik, Chemie. Wenn der bestanden wird, folgt eine 2-jährige Ausbildung in der ELAM, diese sind die schwersten und etwa 10% brechen dann ab. Die 3 Jahre danach bis zum Ende des 6. Ausbildungsjahres praktizieren und lernen die StudentInnen in den 21 klinischen Einrichtungen in ganz Cuba und arbeiten dort zusammen mit den cubanischen StudentInnen. Alle Arbeitsbereiche werden durchlaufen. Diese Phase endet mit einer theoretischen und praktischen Prüfung.

Wenn das Studium in einem Land nicht akzeptiert wird, dann können die StudentInnen in Cuba noch eine kostenlose Fachausbildung machen, die dann im Ausland immer akzeptiert wird. Es gibt ein Beobachtungsteam, das darauf achtet, was die StudentInnen nach ihrer Rückkehr in ihr Heimatland arbeiten.

In der ELAM wurden seit 1999 in sieben Ausbildungsgängen 10.108 StudentInnen ausgebildet. Heute studieren dort 22.000 junge Menschen aus 93 Ländern. In 11 Ländern gibt es inzwischen Ärzteschulen, die nach cubanischem Vorbild arbeiten. 2002 kam der erste Student aus den USA, mittlerweile sind es 110 Studenten. Sie werden von der Solidaritätsorganisation "Pastors for peace" ausgewählt.

Einen weiteren interessanten Besuch hatten wir im **Centro de Ingeniería Genética y Biotecnología (CIGB)**. Dort sprachen wir mit Gil A Enríquez Obregón, Ph. D. (Head, Plant Bioreactors Department).

Im Mittelpunkt der Arbeit des Zentrums steht die Verbindung zwischen Theorie (akademische Forschung etc.) und Praxis, d.h. Forschung, Produktion und Vermarktung bilden einen geschlossenen Kreis, mit dem Ziel der

1. Unterstützung der Agrarwirtschaft (in den beiden Forschungsbereichen Pflanzen und Tiere).
2. Verringerung der Nahrungsmittelimporte
3. Verbesserung der Nahrung
4. Verbesserung des Managements unten (vom Bauer angefangen) und oben (in allen Leitungsstrukturen).

Die Ergebnisse der biologischen Forschung und Technologieentwicklung gehen möglichst direkt in die landwirtschaftliche Erzeugung ein, gentechnische Verfahren direkt in den medizinischen Bereich in Form von Medikamenten, Impfstoffen oder Pharmaprodukten.

Im Fokus der Arbeit sind Reis, Mais, Soya, Milch, Huhn, Bohnen, Schweinefleisch und Gemüse, Salate, Tomaten, Knollenfrüchte. Bekämpft werden Insektenschädlinge, Pilze, Schweinepest, Nematoden, und Nebenpflanzen die das Wachstum verhindern. Einige Beispiele:

Mais:

10-15.000t Produktion in Cuba bei 0,5 -1t/ha, was sehr niedrig ist. Das soll auf 5 t/ha erhöht werden. 700-800.000t Importe für Tierfutter, vorwiegend aus den USA.

Oberstes Ziel ist die Erhöhung der Erträge mit geringstem Aufwand. Im CIGB wurde z.B. ein Hybridmais entwickelt, der unter Laborbedingungen 7 – 9 t/ha bringt. In den meisten anderen Ländern beträgt der Ernteertrag 10 t/ha.

Außerdem werden organische Düngemittel entwickelt, das geht aber nur sehr langsam. Derzeit werden vor allem importierte chemische Düngemittel verwendet.

Anders als bei Monsanto würde die natürliche Umwelt nicht geschädigt, weil es bei ihren Produkten um punktuelle Pflanzenqualitäten geht wie z.B. Widerstandsfähigkeit gegen bestimmte Insekten und nicht gegen Herbizide. Die Maßnahme betreffe nur das eine Insekt. Beachtet würde, dass es nicht allein um die Ertragssteigerung ginge, sondern auch um die Umweltverträglichkeit. Bei Befall wird ein Herbizid von Bayer Leverkusen eingesetzt - ein Protein führt dazu, dass schädliche Insekten zugrunde gehen. Transgene Pflanzen erzielen das Vierfache an Ertrag. Sie haben echte Samen, die in Samenbanken angelegt werden und vom Ministerium an Bauern verteilt werden. Die Ausbringung erfolgt kontrolliert.

Mit hinreichender Bewässerung können zwei Ernten Mais und Soya im Wechsel durchgeführt werden.

An diesen Arbeiten sind die Universität Havanna, ICA (Wissenschaftliche Tierproduktion), INCA (Agrarwissenschaft), CIDCA (Zuckerindustrie), zwei Universitäten in Ciego de Avila beteiligt.

## Soya

2015 soll Selbstversorgung erreicht sein mit einer Anbaufläche von 65000 ha (derzeit 8.800 ha). Zur Zeit werden 150.000t importiert, was bei einem Preis von 523 US\$/t auf einen Gesamtbetrag von fast 80 Mio \$ jährlich für Soyabohnen hinausläuft.

Soya wird nicht von Insekten befallen, sondern von Pilzen und wird bedroht von Pflanzenwildwuchs. Transgénica können 30 % der Produktionskosten verringern. Bei Soya werden keine chemischen Düngemittel eingesetzt. Der verwendete Dünger wird selbst erzeugt und enthält kleine Mengen von Phosphor.

Beim Reis wurden bisher keine befriedigenden Ergebnisse erzielt. Sie erzeugen derzeit etwa 4 t/ha, während es in China 15 t/ha sind (allerdings Hybridreis).

Im Bereich Milch konnte eine Senkung der Sterblichkeitsrate durch Impfen der Rinder gegen Zecken erzielt werden.

Die Schweinepest kann noch nicht landesweit bekämpft werden, es gibt nicht genügend Impfstoff.

## Allgemein

Cuba hat mehr als 40 Impfstoffe entwickelt, die in der ganzen Welt verkauft werden (z.B. gegen Hepatitis B, Herzinfarkt, Diabetes). Japan, Brasilien, USA schauen sich Produkte an und suchen nach neuen Genen. Sie wenden in ihrer Ideologie immer größerer Erträge Gentechnik unverantwortlich an und verursachen grundsätzliche Schäden beim Anbau. Dabei können Pestizide und Herbizide nützlich sein, wenn sie gezielt und punktuell angewendet werden. CIGB versucht, bei Herbiziden so zu kreuzen, dass sich negative Wirkungen gegenseitig aufheben. Die Mikroorganismen müssen aufrecht erhalten werden. Es gibt klare Anbauregulationen, die das vorschreiben. Die Evaluierung der Technologie erfolgt nicht nach Profit, sondern gemäß dem Nutzen für die Gesellschaft.

Wir hatten ein eindrucksvolles **Treffen mit Familienangehörigen der Fünf beim ICAP in Habana**. Sehr traurig wirkte Adriana Pérez, als am 13. 2. im traditionsreichen Haus der Völkerfreundschaft das Treffen stattfand. Sie hatte gerade einen Brief an ihrem zu lebenslänglicher Haft verurteilten Mann, Gerado Hernández, geschrieben – einen Liebesbrief, denn am nächsten Tag wurde der Tag der Verliebten gefeiert. Wieder ein Valentinstag, an dem sie nicht zusammen sein konnten.

An dem Treffen nahm auch Olga Salanueva teil, die Frau von René Gonzalez, der nach seiner Entlassung aus der Haft am 7. Oktober 2011 weitere drei Jahre nicht nach Cuba ausreisen darf und sie darf nicht zu ihm. Seit Jahren wird ihr ein Visum von der US-Regierung verweigert.

Auch die Mutter von Antonio Guerrero, Mirta, war dabei. Sie ist 80 Jahre alt und erzählte voller Emotionen, wie schwer es zu ertragen ist, wenn sie über die lange Zeit nachdenkt, die ihr Sohn noch im Gefängnis



verbringen soll. Und wie sie Hoffnung geschöpft hat, als die Richterin 2009 die Gerichtsurteile abändern und das Strafmaß reduzieren musste. Das hieß für sie, dass die US-Justiz doch auf internationalen Druck reagieren muss. Ihr macht es Sorgen, dass ihr Sohn in ein anderes Gefängnis verlegt wurde. Sie hat ein Visum für den Besuch beantragt, aber sie weiß nie, ob und wann ein Visum erteilt wird. Und richtig Gelegenheit, ihren Sohn in den Arm zu nehmen, hat sie dann auch nicht bei solchen Besuchen.

Als vierte Angehörige nahm Magali, die Mutter von Fernando González, am Gespräch teil. Alle vier wiesen darauf hin, wie wichtig die internationale Solidarität ist und dass sie den Papstbesuch nutzen wollen, um auf die missliche Situation ihrer Männer und Söhne hinzuweisen.

Wir betonten, dass wir unsere Anstrengungen noch erhöhen werden – mit der Durchführung von Aktionen zum Tag des politischen Gefangenen am 17. März, mit der Unterstützung des internationalen Komitees und des nationalen Komitees der USA bei Anzeigen und Aktionswochen, mit medienwirksamen Aktionen und Pressearbeit und der Koordination der europäischen Solidaritätsarbeit auf dem Europatreffen der europäischen Solidaritätsgruppen im November diesen Jahres in Berlin.